

Mitarbeiter:innen-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen



Deine Wahl.

Bundestagswahl am 26.9.2021





Liebe Kolleg:innen,

wir hoffen, ihr habt eine erholsame, unbeschwerte Sommerzeit J

Regelmäßige Leser:innen der MUMM werden es sofort bemerkt haben: Das Seitenlayout hat sich verändert. Den bunten Balken gibt es nicht mehr. Grund dafür sind Einschränkungen der drucktechnischen Möglichkeiten, die derzeit mit Corona zu tun haben, dann aber auch dauerhaft bleiben sollen. Unser neuer Layouter Burkhard Winsemann - bekannt und geschätzt durch „Das Letzte“ auf Seite 16 - hat die neue Seitengestaltung entwickelt. Gleichzeitig hat er erstmalig das Layout der MUMM übernommen. Das war eine echte Herausforderung vor seinem Sommerurlaub und nur mit „Sonderschichten“ zu schaffen. Gut gelungen, das Erstlingswerk, so finden wir. Und Ihr?

Schwerpunktthema der MUMM ist die Bundestagswahl am 26. September 2021. Wahlen stellen Weichen - trifft eine gute Wahl!

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen.

Eure MUMM-Redaktion

MUMM

Ausgabe 2/2021 vom 6.9.2021
Redaktionsschluss war der
23.7.2021

Herausgeber:
Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25, 28195
Bremen
Presserechtl. verantwortlich:
Doris Hülsmeier, Vorsitzende des
Gesamtpersonalrats
Redaktionsteam:
Lars Hartwig
Daniela Koltzau
Kai Mües
Björn Schäfer
Ivonne Weinhold
Burkhard Winsemann

Kontakt:
Telefon: 361-2215
Telefax: 496-2215
gpr-zeitung(at)gpr.bremen.de

Fotos: wenn nicht anders ange-
geben: MUMM-Redaktion

Layout:
Burkhard Winsemann
Druck: Hausdruckerei
Der Senator für Finanzen

Inhalt

Gebraucht wird ein handlungsfähiger Staat	3
Steuergerechtigkeit braucht mehr Personal	4
Zukunft sichern – Kommunen stärken	5
Mehr! Mehr von allem!	6
Ihr entscheidet mit eurer Stimme	6
Handlungsfähigkeit und Zusammenhalt sichern	7
Gleiches Geld für gleiche Arbeit!	7
Mein Kreuz für.....	9
Schlechtere Eingruppierungen drohen.....	10
Langfristige Perspektive schaffen.....	10
Mehr Vertrauen in das BEM	11
Jetzt geht es um den Blick nach vorn.....	12
Resilienz kann man lernen	13
Mit dem Tablet in den Kühlschrank	14
Whatsapp gegen Lost-Gefühle.....	15
Fade Suppe und trübe Brühe.....	16

Gebraucht wird ein handlungsfähiger Staat

MUMM-Interview mit Prof. Dr. Rudolf Hickel

MUMM: Lieber Rudolf Hickel, du bist Finanzwissenschaftler, dem die Beschäftigten sehr am Herzen liegen. Schwerpunkt dieser MUMM ist die Bundestagswahl. Was sind die Herausforderungen, die die zukünftige Regierung bewältigen muss?

Rudolf Hickel: Diese Bundestagswahl findet in der längst nicht überwundenen Corona-Pandemie statt. Das Virus hat lang aufgestaute Fehlentwicklungen sichtbar gemacht. Darauf müssen sich die Konzepte der Parteien konzentrieren. Gebraucht wird ein demokratisch abgesicherter, finanziell handlungsfähiger Staat. Seine Basis sind die für ihre Leistungen durch gute Beschäftigungsverhältnisse anerkannten und motivierten Beschäftigten. Deren systemisch relevante Arbeit muss entsprechend gesichert und finanziert werden. Daraus leitet sich ein Prüfstein für die Programme der Parteien im Bundestagswahlkampf ab: Das Konzept für einen starken öffentlichen Sektor, ohne den die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen nicht zu bewältigen sind. Stabile Beschäftigungsverhältnisse mit Tarifbindung sind unabdingbar. Gemessen an diesem Prüfstein fallen einige Parteien mangels Zukunftsfähigkeit unter den Tisch.

Eine zukunftsfähige Politik braucht zudem eine demokratisch eingebettete, sozial und ökologisch verantwortliche Wirtschaft. Die gefährliche Macht der multinationalen Konzerne muss zurückgedrängt werden. Die lokale Wirtschaft, die durch die Corona-Krise besonders gebeutelt wurde, gilt es wieder zu stärken. Damit könnte auch ein Beitrag gegen die Verödung der Innenstädte erbracht werden.

MUMM: Die sozialverträgliche Bewältigung der Corona-Krise kostet viel Geld. Bleiben der öffentlichen Hand da noch ausreichende finanzielle Mittel für andere Zukunftsaufgaben?

Rudolf Hickel: Die finanziellen Belastungen wirken im ersten Moment dramatisch. Im Zentrum stehen Maßnahmen

zum Erhalt der Produktionsbasis und der Arbeitsplätze über die Corona-Krise hinweg und Ausgaben für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Programme tragen aber auch mit Investitionen zum ökologischen Umbau bei. Aus der Pandemie heraus mit einer Politik der sozial-ökologischen Transformation, das geht in die richtige Richtung.

MUMM: Wie kann man sicherstellen, dass der Staat die zukünftigen Herausforderungen finanziell stemmen kann?

Rudolf Hickel: Die Staatsverschuldung ist als Finanzierungsinstrument wiederentdeckt worden. Die Schuldenbremse konnte nach Artikel 115 im Grundgesetz ausgesetzt werden. Dieses Vorgehen war alternativlos. Allerdings droht jetzt eine baldige Rückkehr zur Tilgung der aufgelaufenen Schulden. Das wäre eine Katastrophe. Damit wäre eine neue Runde der Einsparpolitik vorprogrammiert. Die Schulden

gleich ins Spiel gebracht. Was hältst du von dieser Initiative?

Rudolf Hickel: Andreas Bovenschulte war der Erste, der die Finanzierung durch eine einmalige Vermögensabgabe ins Spiel gebracht hat. Damit wird das oberste Prozent der Reichen, die über mehr als Drittel des gesamten Netto-Vermögens verfügen, zur Kasse gebeten. Ich habe den Vorschlag unseres Bürgermeisters durchgerechnet und überregional unterstützt. Dafür spricht auch, dass die Corona-Krise die Einkommenschwachen und vom Sozialstaat Abhängigen viel stärker trifft. Insgesamt ist dauerhaft eine gerechte Verteilung der Lasten für die Steuerfinanzierung des öffentlichen Dienstes und der Zukunftsinvestitionen erforderlich. Dazu gehören eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, eine Anpassung der Unternehmenssteuern, die deutliche Schärfung der Erbschaftsteuer und eine Jahr für Jahr erhobene Vermö-

konzerne gehört dazu.

MUMM: Was kann die Gesellschaft und die Politik aus der Corona-Krise lernen?

Rudolf Hickel: Die Corona-Krise hat ungelöste Strukturprobleme und Fehlentwicklungen vergrößert sichtbar gemacht. Eine moderne Gesellschaft muss öffentliche Güter wie Bildung und Gesundheit finanziell absichern. Ein Parteiprogramm, das einen weiteren Abbau des öffentlichen Gesundheitssystems zugunsten profitorientierter Konzerne fordert, ist schlichtweg nicht wählbar.

Die Corona-Krise und ihre Bewältigung lenkt den Blick darauf, wie eng unser individuelles Verhalten und gesellschaftliche Verantwortung miteinander verwoben sind. Für Gewerkschaften ist dieser Zusammenhang nicht neu. Nur durch kollektiven Schutz durch Tarifverträge können Beschäftigte sich gegen strukturelle Abhängigkeit und Ausbeutung wehren. Diese Lehre der Arbeiter:innenbewegung lässt sich im Lichte der Corona-Pandemie verallgemeinern: Individuelle Freiheit ist nicht voraussetzungslos. Dafür steht heute der soziale Staat. Hinzu kommt im Interesse persönlicher Freiheit künftiger Generationen, die das Bundesverfassungsgericht reklamiert hat, die öffentliche Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit.

Das Interview mit Rudolf Hickel führte Doris Hülsmeier.



Doris Hülsmeier



Rudolf Hickel (geboren 1942), Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Bremen im Ruhestand, Gründer des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW) in der Kooperation der Arbeitnehmerkammer Bremen und der Universität; Publikationen vor allem auch zu den öffentlichen Finanzen im Stadtstaat Bremen, Berater der Gewerkschaften, mehrfacher Schlichter bei Tarifverhandlungen.

sollten lange gehalten werden. Wenn sie getilgt werden sollen, muss die Steuerpolitik für höhere Einnahmen sorgen.

MUMM: Bürgermeister Bovenschulte hat einen Lastenaus-

steuer. Aber auch die jetzt durch die USA vorgeschlagene globale Mindeststeuer – allerdings nicht mit 15 %, sondern 21 % - gegen die Steuervermeidungstechniken multinationaler

Steuergerechtigkeit braucht mehr Personal

„Das Geld liegt auf der Straße, man muss es nur aufheben“

In einer Aktion hat die Deutsche Steuergewerkschaft vor über zehn Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass zur auskömmlichen Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen genügend Geld vorhanden sei, es jedoch mehr Personal bedarf, um es einzusammeln.

Bei der aktuellen Frage, wer denn die extrem hohen Kosten der Pandemie tragen soll, haben wir uns daran erinnert. Wir haben mit Gero Sieling und Volker Barthel, beide von der Deutschen Steuergewerkschaft, gesprochen und wollten wissen, ob sich die Rahmenbedingungen in der Bremer Finanzverwaltung seither verbessert haben. Leider hat sich sehr schnell herausgestellt, dass das Gegenteil der Fall ist.

so Gero Sieling. Der schlechte Personalschlüssel bei den Prüfungsdiensten lässt nicht selten den Vergleich zwischen David und Goliath zu. Ein einziger Prüfer steht dann beispielsweise in den sehr komplexen Fragen des internationalen Steuerrechts einem von Unternehmen beauftragten hochqualifizierten mehrköpfigen Beratungsteam gegenüber. Sicherlich nicht die besten Bedingungen, um das Geld von der „Straße“ einzusammeln.

„Wir bekommen im Rahmen der Personalgewinnung nicht genügend Nachwuchs. Ursache dafür ist, dass es zahlenmäßig zu wenige Bewerber:innen gibt“, sagt Volker Barthel. Die Steuerverwaltung muss mehr tun, um als attraktive Arbeitgeberin von

mer Finanzverwaltung über die sogenannte „Abwachsquote“ umgesetzt. Die frühere Praxis, Anwärter:innen nur zu übernehmen, wenn sie ihre Prüfung mindestens mit der Note 3 bestanden haben, hat auch nicht zu einer Verbesserung der Personalsituation beigetragen. Insgesamt ist der Personalbestand in der Bremer Finanzverwaltung um rund 20 % zurückgegangen.

Wenn es um die gerechte Verteilung der durch die Pandemie entstandenen Kosten geht, ist die Sicherstellung eines gleichmäßigen Steuervollzugs von Unternehmen sicher von Bedeutung. Starke Schultern müssen mehr tragen als die schwachen, so die Forderung sämtlicher Gewerkschaften. Doch während bei den abhängig Beschäftigten durch den monatlichen Einbehalt der Lohnsteuer ein gleichmäßiger Steuervollzug gewährleistet wird, ist Steuergerechtigkeit bei den steuerpflichtigen Bremer Unternehmen nur schwer umzusetzen. Denn um Fehler in der Buchführung oder kreative Steuergestaltungen in den Firmen aufzudecken, braucht es deutlich mehr Personal.

Häufig wird gefordert, die Vermögensteuer für eine gerechte Finanzierung des Gemeinwohls wieder einzuführen.

„Die Wiedereinführung der Vermögensteuer wäre gerecht und überfällig“, sagt Gero Sieling. Doch wie das mit der derzeitigen Personalausstattung funktionieren soll, übersteigt sein Vorstellungsvermögen. Zumal für das vermögensteuerpflichtige Grundvermögen derzeit bundeseinheitliche Bemessungsgrundlagen fehlen. Für die sehr arbeitsintensive Grundsteuerreform steht zwar eine Neubewertung des Grundvermögens bevor, jedoch konnten sich die Bundesländer nicht auf ein einheitliches Berechnungsmodell einigen. Ebenfalls würde für eine Neubewertung der Vermögensteuer schlicht das Personal fehlen und sie wäre auch im Vollzug und der Festsetzung sehr arbeitsintensiv. Die Vermö-

gensteuer würde Bremen als Landessteuer zugutekommen und somit die Voraussetzungen für die Einstellung des notwendigen Personals in der Finanzverwaltung schaffen.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass aktuell eine gerechte Finanzierung der Pandemiekosten über Steuergelder nicht gegeben ist. Um das Geld von der Straße aufheben zu können, braucht die Finanzverwaltung eine auskömmliche Personalausstattung.



Lars Hartwig

Wir bedanken uns bei Gero Sieling und Volker Barthel für das Gespräch.



Das Geld liegt auf der Straße. Um es aufzuheben wird mehr Personal gebraucht.

Der langjährige Sparkurs in Bremen und der in vielen Bereichen wahrnehmbare Fachkräftemangel haben dazu geführt, dass die Steuerverwaltung heute sogar mit noch weniger Personal als damals auskommen muss.

„Wir haben ein Vollzugsproblem. Wenn personell bedingt weniger Betriebsprüfungen durchgeführt werden, wird der Prüfungsturnus erhöht. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung wird somit nicht gewahrt. Wir brauchen mehr Personal, um das stemmen zu können“,

interessanten Bewerber:innen wahrgenommen zu werden. Da geht es um Dinge wie der Verbesserung der Eingangsbesoldung, Aufstiegsmöglichkeiten und eine Durchlässigkeit aus anderen Laufbahnen. Denn nicht selten bekommen die gut ausgebildeten Nachwuchskräfte attraktive Angebote aus der privaten Wirtschaft und sind dann schnell wieder weg. Es gab in den letzten Jahren aber auch Vorgaben, die einen Personalaufwuchs verhinderten. Der vom Senat vorgegebene Stellenabbau wurde in der Bre-

Zukunft sichern – Kommunen stärken

Auch bremische Handlungsspielräume nutzen

Wir brauchen einen Schutzschirm für Kommunen – mit dieser Forderung zogen rund 30 in ver.di organisierte Personalrät:innen vor das Rathaus. In der coronabedingt nur mit kleinen Delegationen besetzten Aktion zeigten Kolleg:innen aus zahlreichen Dienststellen auf, welche Folgen in ihren Bereichen drohen, wenn die öffentlichen Finanzen nicht auf stabilere Füße gestellt werden.

„Corona hat nochmal besonders gezeigt, wie wichtig eine zuverlässige und gründliche Reinigung ist“, sagte Jegmalar Naganathan von Immobilien Bremen. „Damit schützen wir

die Gesundheit von Tausenden Schüler:innen, Lehrkräften und anderen Kolleg:innen. Dafür brauchen wir gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung.“

Marco Brockmann vom Ordnungsamt Bremen sagte: „Schon vor der Pandemie fehlte es an Personal, an Qualifizierungen und Aufstiegsmöglichkeiten für die Beschäftigten des Ordnungsamtes. Um den umfangreichen Aufgaben gerecht zu werden ist es dringend erforderlich, die Ordnungsämter personell besser auszustatten. Dafür bedarf es einer besseren Finanzierung der Kommunen.“

Bürgermeister Andreas Bovenschulte, der im Anschluss



Lars Hartwig moderiert die Kundgebung



Unter Einhaltung coronabedingter Abstände war der Platz vor dem Rathaus gut ausgefüllt.



Phillip Bergstedt, Gesundheitsamt Bremen: „Schon vor der Pandemie waren wir unterbesetzt. Die Stellen, die wegen Corona geschaffen wurden, müssen verstetigt werden.“

an die Senatssitzung an der Veranstaltung teilnahm, erläuterte seinen Vorschlag für einen Lastenausgleich, mit dem die Corona-Folgekosten gerecht abgedeckt werden sollen. Dafür erhielt er viel Zustimmung.

Doris Hülsmeier erinnerte den Bürgermeister in ihrem abschließenden Statement daran, auch die bremischen Handlungsspielräume zu nutzen und zu erweitern. Die Schuldenbremse, die in der bremischen

Landesverfassung in einer besonders strikten Form festgeschrieben ist, müsse dringend so umgestaltet werden, dass sie notwendigen Zukunftsinvestitionen nicht im Wege steht.



Burkhard Winsemann

Mehr! Mehr von allem!

Bildungsgerechtigkeit beginnt mit Bildungsfinanzierung

Was erwarten wir von der Bundestagswahl?

Als Bildungsgewerkschaft, Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, haben wir eine ganz klare und fordernde Haltung:

Mehr! Mehr von Allem: Personal, Kooperationszeit, Ausweitung der Ausbildungskapazitäten, deutlich mehr Planstellen für Daueraufgaben an Universitäten und Hochschulen.

Gute Bildung ist seit mehr als 20 Jahren im Land Bremen unterfinanziert. Dies zeigt sich in fehlenden KiTa und Schulgebäuden, dem hohen Sanierungsbe-

darf, den fehlenden Fachkräften (Lehrkräfte, Erzieher:innen, Sonderpädagog:innen, Schulsozialarbeiter:innen, Fachkräfte der Inklusion und Netzwerkadministrator:innen, die die digitalen Endgeräte zeitnah warten) und der fehlenden Kooperationszeit der Pädagog:innen.

Mehr werden stetig die Aufgaben der Beschäftigten, neben dem Kerngeschäft Unterricht im inklusiven Ganztags: Dokumentationspflichten, Fortbildungsverpflichtungen, Präsenzzeiten, Digitalisierung.

Bremer und Bremerhavener Bildungsstandards bilden im Ländervergleich schon lange die Schlusslichter: in der Pro-Kopf-Finanzierung, den Leistungsvergleichen, VERA, PISA und Co. Wollen wir uns daran gewöhnen?

In Bremerhaven sind über 30% der Beschäftigten an den Schulen Quereinsteiger:innen.

Alle Kolleg:innen arbeiten an den Grenzen der Belastbarkeit: 80 % arbeiten in Teilzeit, oft bei voller Präsenzpflcht, nur 20% der Beschäftigten arbeiten bis zum regulären Eintritt in den Ruhestand. Unterrichtsausfall wird nur begrenzt dokumentiert, da Beschäftigte aus der dringend notwendigen Doppelbesetzung (Inklusion!) zur Vertretung eingesetzt werden.

Bildungsgerechtigkeit beginnt mit der Bildungsfinanzierung. Der Königsteiner Schlüssel muss der Realität angepasst werden. In Bremen und Bremerhaven sind die Risikofaktoren für Armut im Ländervergleich mit Abstand am höchsten. Hier muss dringend nachgesteuert werden!

Deshalb gehen wir wählen und stimmen für die Politiker:innen, die unsere Anliegen vertreten, vor allem mit Taten!



Foto: GEW

Barbara Schüll, Landesvorsitzende der GEW Bremen



Ihr entscheidet mit eurer Stimme

Chance zur Modernisierung des Föderalismus

Die repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag des dbb belegt, dass bis zu drei Viertel der Befragten die Beamtenbesoldung, Polizei und innere Sicherheit, die digitale Infrastruktur sowie den Bildungsbereich als Aufgabe des Bundes ansehen. Die Zuständigkeit im Kulturbereich soll mehrheitlich bei den Ländern bleiben. Das Befragungsergebnis zeigt, über die politischen Entscheidungsprozesse und die Kompetenzverteilung ist bundesweit zu diskutieren.

Aus Sicht des dbb hat sich unser föderales System bewährt. In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung braucht es

jedoch eine aufgabengerechte und zukunftsweisende Neustrukturierung. Mit Blick auf den Katastrophenschutz, Digitalisierung, Bildungsstandards und Innere Sicherheit wären zentrale Regelungen wünschenswert.

Ein zentrales Wahl-Thema ist die Umsetzung des neuen Klimaschutzgesetzes. Es sollen die Emissionen bis 2030 um 65, bis 2040 um 88% sinken und ab 2045 Klimaneutralität herrschen. Der Ausbau von erneuerbaren Energien und die Infrastrukturmaßnahmen müssen beschleunigt werden. Die Energiepreise

in Deutschland sind die höchsten in Europa, die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht stärker belastet werden.

Die aufzubringenden immensen Transformationsleistungen müssen gesellschaftlich so verteilt werden, dass sie für Bürgerinnen und Bürger sozialverträglich und tragbar bleiben.

Ein weiteres wesentliches Problem ist die Finanzierung des Rentensystems. Es muss eine neue, solidarische Lösung für die Rentenversicherten gefunden werden. Nur die Einzahler in das System dürfen daraus profitieren. Rentenleistungen anderer Art, wie zum Beispiel die Mütterrente oder die Rente mit 63 müssen aus Steuermitteln finanziert werden. Die Reform des Rentensystems muss das Rentenniveau auf mindestens 60% anheben.

Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, dass die Pflegekräfte im Gesundheitssystem



Foto: dbb

Jürgen Köster, Landesvorsitzender des dbb Bremen

überlastet sind und schlecht bezahlt werden. Sie haben zu wenig Zeit, entsprechend ihrer Profession den Bedürfnissen der Patienten nachzukommen. Die nächste Bundesregierung wird aufgefordert, hier Hilfe zu schaffen. Ihr entscheidet mit Eurer Stimme über die neue Bundesregierung.



Handlungsfähigkeit und Zusammenhalt sichern

Sozial gerechte Verkehrs- und Energiewende erforderlich

Wir wollen als ver.di die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Dazu nehmen wir unser politisches Mandat wahr und machen uns stark für eine arbeitnehmer:innenorientierte Politik:

Die Arbeit der Zukunft muss tariflich entlohnt, sozial abgesichert, gesund sowie selbst- und mitbestimmt sein. Dazu ist es wichtig, dass die Tarifbindung mit Hilfe der Möglichkeit der

Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen von der Politik genutzt wird. Bremen ist dort schon mit gutem Beispiel vorgegangen, die zukünftige Bundesregierung sollte dieses übernehmen und ausbauen.

Ein moderner Sozialstaat muss die Daseinsvorsorge ausbauen sowie die zentralen Lebensrisiken und den Lebensstandard sozial absichern. Die Pandemie zeigt, wie wichtig die öffentliche Daseinsvorsorge ist und wo die Kürzungspolitik der letzten Jahre ihre negativen Folgen hat.

Eine gerechte Steuerpolitik und ein vernünftiger Umgang mit Staatsschulden sichern die staatliche Handlungsfähigkeit und stärken den sozialen Zusammenhalt. Das bedeutet auch, dass der riesige Investitionsstau aufgelöst werden muss. Öffentliche Gebäude, wie Kitas, Schulen und Hochschulen, aber



Foto: ver.di

Markus Westermann, Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Bremen-Nordniedersachsen

auch die öffentliche Infrastruktur müssen dringend saniert und für die Zukunft fit gemacht werden. Damit es zu einer sozialen Umverteilung kommen kann, müssen unter anderem die Kapitaleinkommen genauso hoch versteuert werden wie die

Arbeitseinkommen.

Der ökologische Umbau unserer Gesellschaft erfordert eine sozial gerechte Verkehrs- und Energiewende. Dazu muss der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut und weiter stark vom Bund gefördert werden. Die Kommunen müssen einen guten öffentlichen Nahverkehr bieten können, den sich die Bürger:innen mit sozialen Tarifen leisten können.

Aus all diesen Gründen darf keine Stimme verschenkt oder nicht demokratischen Parteien gegeben werden. Deren Programme zeigen keine soziale Verantwortung gegenüber den Bürger:innen und den Beschäftigten, sondern wollen die soziale Spaltung vorantreiben.

Die offene und lebendige Demokratie und der Frieden müssen bewahrt und gestärkt werden.



Gleiches Geld für gleiche Arbeit!

Von besseren Arbeitsbedingungen profitieren alle

Polizistinnen und Polizisten in Deutschland werden seit der Föderalismusreform 2006 unterschiedlich besoldet. Das ist ungerecht, denn die Polizei leistet überall gleich gute Arbeit. Überdies werden in Bremen mehrere hundert Polizeivollzugsbeamte:innen nicht entsprechend ihrer Bewertung bezahlt. So erhalten Dienstgruppenleiter in NRW A 12, während nicht wenige in Bremen dieselbe Tätigkeit für A 9 verrichten.

Alle Beschäftigten in der Polizei verdienen eine bessere und bundesweit einheitliche Bezahlung, auch in Bremen. Tarifbeschäftigte verdienen schlechter als Polizeivollzugsbeamte:innen, obgleich sie zum Teil die gleiche Arbeit verrichten. Auch hier muss der Grundsatz gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Bei all seinen Stärken hat die Corona-Pandemie die Schwächen unseres föderalistischen Systems schonungslos aufgezeigt. Die brutale Ungleichheit in den diversen Rahmenbedingungen zwischen Bund und den einzelnen Ländern tut dies allerdings schon länger. Hier fordert die Gewerkschaft der Polizei, dass der Bund Rahmenbedingungen zur Vereinheitlichung schafft!

Gleiches gilt für die Tarifverträge im Öffentlichen Dienst. TV-L oder TVöD? Das darf keinen Unterschied machen. Darum braucht es einen bundes-



Foto: GdP

Lüder Fasche, Landesvorsitzender der GdP Bremen

weiten Tarifvertrag mit höheren Entgelten und einer gerechten Bezahlung in Bund, Ländern und Kommunen. Es wäre schön, wenn das mal ein Wahlkampfthema würde.

Gute Arbeitszeiten kennen weder Dauerbelastung noch Überstundenberge. Moderne Arbeitsplätze bieten Arbeits-

zeiten, die den Beschäftigten der Sicherheitsbehörden mehr Raum geben, das Leben individueller zu gestalten. So lassen sich Beruf und Privatleben besser miteinander vereinbaren. Das fördert die Zufriedenheit, steigert die Motivation und schützt die Gesundheit. Davon profitieren alle!

Digitalisierung muss einen Mehrwert bieten für die Arbeit aller Beschäftigten. Dazu gehört die digitale Vernetzung – vor Ort, von unterwegs und im Homeoffice – genauso wie passgenaue Hard- und Softwarelösungen. Für eine effizientere, attraktivere Arbeit und einen zeitgemäßen Informationsaustausch – auch über Ländergrenzen hinweg. Hier muss die von euch zu wählende neue Bundesregierung die zum Teil klammen Länderfinanzen stützen.

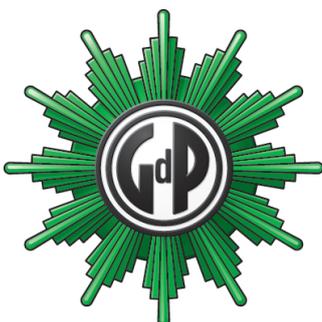




Foto: privat

Die Bundesregierung beschreibt auf ihrer Homepage ihre Ziele, zum Beispiel soll es in Deutschland sicher, sozial und gerecht zugehen. Schaut man sich das Handeln der Politik zu diesen Zielen an, stehen viele Entscheidungen dem entgegen. So sagen Prognosen des Beratungsunternehmens pwc allein für den öffentlichen Dienst bis 2030 einen Fachkräftemangel von ca. 800.000 Stellen voraus. Für mich ist wichtig, dass die Politik im Bewusstsein dieses Defizits handelt, statt in Krankenhäusern Stellen zu kürzen, den Gesundheitsbereich finanziell einzuschränken und es bei einem Applaus für einen Teil der Beschäftigten zu belassen.

Rebecca Gschwendtner,
Landesuntersuchungsrat



Arbeitslosigkeit ist ein Wort, worüber man nicht so gerne spricht. Für mich bedeutet Arbeit nicht nur die Grundsicherung meines Lebens, sondern auch die Teilhabe am sozialen Leben, Kolleg:innen zu treffen, sich auszutauschen, mitzuteilen und zu lernen. Freude daran zu haben, morgens aufzustehen und sich seiner Aufgabe zu widmen. Wir können aus den verschiedensten Gründen unseren Arbeitsplatz verlieren. Nicht selten unverschuldet. Zum Glück gibt es Projekte, die Menschen zurück in eine Beschäftigung bringen. Ein gutes Beispiel ist das Bremer Landesprogramm LAZLO.



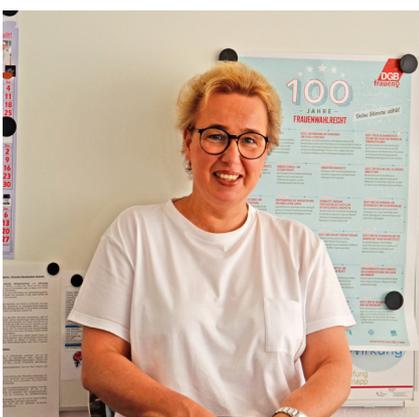
Ich wünsche mir von der Bundestagswahl, dass Parteien gewählt werden, die solche sozialen Programme unterstützen, verbessern und dabei die Würde des Menschen berücksichtigen. Jeder Mensch muss ein Recht auf Arbeit haben. Arbeit stärkt das Selbstwertgefühl.

Nilgün Ozan, Bremer vhs
(Ehemalige LAZLO-Programtteilnehmerin)



In einer Demokratie dürfen wir wählen. Das ist nicht selbstverständlich. Durch Wahlen wird die politische Macht regelmäßig neu verteilt. Und wir können durch die Wahl mitbestimmen. Wer nicht wählt, überlässt diese Mitwirkung anderen. Wählen heißt, Verantwortung zu übernehmen! Die Politik entscheidet heute über viele Themen von morgen. Junge Menschen werden sich mit aktuellen Entscheidungen noch lange beschäftigen. Wenn ich heute darauf verzichte zu wählen, verzichte ich auch darauf, meine eigene Zukunft mitzugestalten.

Anke Blank,
Landeshauptkasse



Der Equal Pay Day ist der Tag, welcher uns sichtbar macht, wie lange Frauen aufgrund des vorhandenen Lohngefälles rechnerisch „umsonst“ arbeiten. In diesem Jahr ist es der 10. März, also ganze 69 Tage!

Mir ist bei der Bundestagswahl besonders wichtig, dass Lohngleichheit künftig nicht nur ein Ideal oder eine Utopie bleibt. Sie muss auch realpolitisch umgesetzt werden. Dafür ist es notwendig, die Gleichwertigkeit der von Frauen und Männern erbrachten Leistungen zur Gesellschaft und Familie vollständig und vorbehaltlos anzuerkennen. Dabei ist Lohngleichheit im Gesamtkonzept familienpolitischer Maßnahmen nur als ein Teil der Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu sehen.

Anne-Katrin Rieke-Brodde, PerformaNord



Mein Kreuz für...

Was ist für Dich wichtig bei der Bundestagswahl?

Die Bundestagswahl 2021 muss entscheidende Weichen bei der Bildung stellen. Das Forschungsinstitut Prognos geht davon aus, dass bis zum Jahr 2025, wenn der Rechtsanspruch auf ganztägige Beschulung für Grundschüler:innen kommt, zusätzlich 190.000 Erzieher:innen und 50.000 Lehrer:innen gebraucht werden. Und das bei jetzt schon hohem Fachkräftemangel. Der Bund muss sich dringend stärker an den Kosten für Studium und Ausbildung beteiligen. Das zu bürokratische BAföG muss für Wohnraummiete und Lebensunterhalt reichen. Der Beruf Erzieher:in muss mit mehr Vorbereitungsstunden für multiprofessionelles Zusammenarbeiten bedacht werden. Ich als Erzieher werde mein Wahlkreuz entsprechend machen.

Paul Tiedemann, Jugend- und Auszubildendenvertretung beim Personalrat Schulen



Da ich täglich mit unseren Eisbären arbeite, stelle ich immer wieder fest, was für faszinierende und intelligente Tiere sie sind. Es schmerzt mich zu wissen, dass ihr Lebensraum immer kleiner wird und das Aussterben ihrer Art fast schon besiegelt ist. Der Kampf gegen den Klimawandel muss jetzt beginnen und dabei darf es nicht tausend Ausreden geben.

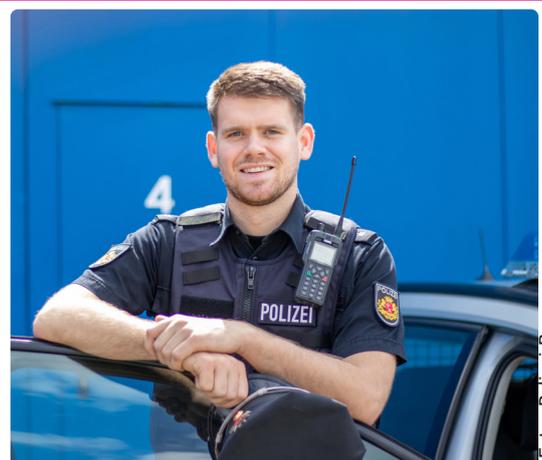
Katja Seedorf mit **Elsa**, Zoo am Meer Bremerhaven



Corona bestätigt es: wir brauchen weiterhin konstant hohe Einstellungszahlen bei der Polizei. Dafür müssen auf Bundesebene die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Sei es in Krisenstäben des Landes, der Gesundheitsbehörde, zur Unterstützung des Ordnungsamtes und Kontrolle der Coronabestimmungen. Überall wurden Unterstützungskräfte der Polizei benötigt und all das während die originäre Aufgaben meiner Kolleginnen und Kollegen nicht weniger wurden. Und auch jetzt, in Zeiten in welchen das normale Leben langsam wieder zurückkehrt und Menschenmassen in das Nachtleben eintauchen, wird Polizei wieder benötigt. Das zeigt uns deutlich, dass wir auch weiterhin konstant hohe Einstellungszahlen in der Polizei benötigen und entsprechende Führungs- und Einsatzmittel um diese adäquat auszubilden sowie Räumlichkeit um die jungen Kolleginnen und Kollegen unterzubringen.

Jannik Wessels, Polizei Bremen



Schlechtere Eingruppierungen drohen

Tarif- und Besoldungsrunde der Länder – kein Selbstläufer

Um die Gehälter und Arbeitsbedingungen der Kolleg:innen der Länder geht es bei der Tarifaufeinanderersetzung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder im Herbst diesen Jahres. 2,2 Millionen Beschäftigte sind hiervon bundesweit betroffen. In Bremen sind dies unter anderem die Kolleg:innen der Justiz, der senatorischen Behörden, Straßenbau, Universität, Amt für soziale Dienste, Gesundheits- und Ordnungsamt, Landesinstitut für Schule, das Landesuntersuchungsamt, die Feuerwehr, Performa und und und.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder will den Arbeitsvorgang zum Kernthema der Tarif- und Besoldungsrunde machen. Der „Arbeitsvorgang“ ist das Herzstück der Eingruppierung und damit entscheidend für die Frage, wieviel der Arbeitgeber an Entgelt zah-

len muss. Und das greifen die bundesweiten Arbeitgeber jetzt ganz bewusst und mit dem Ziel an, langfristig und nachhaltig Geld auf Kosten der Beschäftigten einzusparen. In vielen Bereichen würden künftig schlechtere Eingruppierungen drohen. Ein kurzes Erklärvideo hierzu findet ihr hier: <https://kurzelinks.de/arbeitsvorgang>

Bei Bund, Kommunen und den Ländern arbeiten 1,7 Millionen Beamtinnen und Beamte. Ihre Besoldung orientiert sich an den Tarifabschlüssen. Deshalb ist es wichtig, dass auch die Beamt:innen aktiv werden. Weitere Informationen für Beamt:innen gibt es hier: <https://kurzelinks.de/beamte>

Noch bis Mitte August läuft eine Online-Umfrage: ver.di will wissen, welche Themen euch für die Tarifrunde wichtig sind. Mitmachen können alle

Beschäftigten aus dem Bereich des Tarifvertrages der Länder. Nicht-Mitglieder können sich ebenfalls beteiligen. Die Befragung findet ihr hier: <https://kurzelinks.de/tarifumfrage>

Am 26. August wird ver.di die Forderungen für diese Tarif- und Besoldungsrunde beschließen. Für den 8. Oktober ist die erste Verhandlung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverband geplant. Mehr Infos gibt es hier: <https://unverzichtbar.verdi.de>

Es ist wichtig, dass sich jetzt die Arbeitnehmer:innen und Beamt:innen zusammenschließen und sich aktiv an den Aktivitäten in der Tarif- und Besoldungsrunde beteiligen. Wir müssen uns mit aller Kraft gegen jede Form der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen stemmen. Das schaffen wir nur gemeinsam.



Foto: ver.di

Jörn Kroppach ist Gewerkschaftssekretär bei ver.di

Langfristige Perspektive schaffen

LAZLO-Programm soll für Teilhabe sorgen

Bremen verfolgt mit seinem Landesprogramm LAZLO seit vier Jahren das Ziel, langzeitarbeitslosen Menschen einen Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. In 2018 wurde durch Senatsbeschluss bei Performa Nord ein Team eingerichtet, das interessierten Dienststellen Personal aus einem Pool zur Verfügung stellt und die ehemals Langzeitarbeitslosen betreut und auch für Rückfragen zur Verfügung steht.

Das LAZLO-Team macht eine wirklich gute Arbeit. Mit Herz und Engagement arbeiten sie gemeinsam an den Stärken der künftigen Kolleg:innen und finden regelmäßig eine passende Dienststelle. Mittlerweile hat die Freie Hansestadt Bremen rund 100 LAZLO-Kolleg:innen über das Landesprogramm in eine zunächst befristet Beschäftigung gebracht. In einem nächsten Schritt muss jetzt sichergestellt werden, dass allen LAZLO-

Kolleg:innen, die sich gut eingearbeitet und in ihre Dienststellen integriert haben, ein fester Arbeitsplatz angeboten wird. Das ist auch der Grund, weshalb der Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen diesem Programm seinerzeit zugestimmt hat. Doch an dieser Stelle scheint es schwierig zu werden: Es gab mittlerweile mehrere Fälle, in denen LAZLO-Kolleg:innen trotz guter Leistungen und Einarbeitung nicht übernommen werden sollten. Gründe waren: Zum einen fehlende Finanzen und zum anderen Unabkömmlichkeit. Eine Kollegin steht nach mehrjähriger erfolgreicher Einarbeitung bis heute (Stand Juli 2021) ohne Festvertrag da und das, obwohl sie ein Angebot aus einem anderen Ressort für eine Stelle, die genau ihrem Profil entsprach, erhalten hatte. Die abgebende Dienststelle erklärte sie für unabkömmlich, ohne ihr

jedoch eine unbefristete Stelle anzubieten. Die Stelle, auf die sie sich beworben hatte, wurde anderweitig besetzt.

In zwei anderen Fällen wurden Kolleg:innen zwei Jahre lang erfolgreich eingearbeitet, ihre Stellen jedoch nicht im Wirtschaftsplan hinterlegt. Sehr lange hat man ihnen eine Festeinstellung in Aussicht gestellt. Bis zum letzten Tag ihres befristeten Vertrages mussten sie jedoch auf Klarheit warten und – weil sie Teilnehmer:innen dieses Programms sind – befürchten, dass sie am Folgetag erneut direkt in Harz IV rutschen. So darf Bremen als öffentliche Arbeitgeberin nicht mit Menschen umgehen. Erst nach Gesprächen des Gesamtpersonalrats mit der Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz konnte eine Lösung und somit Festverträge für beide Kolleg:innen erreicht werden.

Der Senat beabsichtigt nun, das LAZLO-Programm sogar auf

200 Programmteilnehmer:innen zu erhöhen. Wenn es denn heute schon schwierig wird, die bewährten LAZLO-Kolleg:innen in feste Arbeitsverhältnisse zu bringen, sollte der Senat diesen Schritt noch einmal überdenken. Es darf nicht der Eindruck entstehen, Bremen würde von so einer Art „geförderter Zeitarbeit“ zur Erfüllung ihrer öffentlichen Dienstleistungen Gebrauch machen.



Lars Hartwig

Mehr Vertrauen in das BEM

Prozess kommt jetzt auch in Schulen an

Mehr Vertrauen in das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) zu schaffen, war das maßgebliche Ziel, als vor nunmehr drei Jahren begonnen wurde, die BEM-Verfahren neu zu organisieren. Jetzt kommt dieser Prozess auch in den Schulen an.

Über viele Jahre wurden die BEM Verfahren an den Schulen von den Schulleitungen durchgeführt. Warum wird das nun anders?

In der Vergangenheit hatte sich gezeigt, dass die im BEM liegenden Chancen für die Wiederherstellung und dauerhafte Erhaltung der Gesundheit und damit der Arbeitsfähigkeit allzu häufig nicht genutzt wurden. Die Erkrankten wissen ja, dass ihre Erkrankung den Kolleg:innen zusätzliche Arbeit macht. Dann versucht man eben, so schnell wie möglich wieder zu kommen. Das ist fast überall so, nicht nur an den Schulen, und das geht selten auf Dauer gut. Hinzu kommen oft auch noch Konflikte, die es schwermachen, mit dem direkten Vorgesetzten über Probleme zu sprechen. Es war an der Zeit, hier Verbesserung zu bewirken. Dazu wurden in der 2018 neu gefassten Handlungshilfe für das betriebliche Eingliederungsmanagement Eckpunkte festgeschrieben. Für den Schulbereich war es jedoch notwendig, ein auf die besondere Situation zugeschnittenes Konzept zu entwickeln. Für den Personalrat Schulen, der sich über Jahre für die Neuorganisation des BEM stark gemacht hat, ist das Ergebnis ein wichtiger Fortschritt. Jetzt gilt es, mit dem gleichen Engagement an die Umsetzung zu gehen.

Was hat sich bewährt und bleibt?

Zunächst einmal ist wichtig festzuhalten, dass ganz wesentliche Grundlagen des bisherigen BEM sich bewährt haben und beibehalten werden: Wichtig ist zum Beispiel der Angebotsscharakter eines BEM – alles ist freiwillig. Und selbstverständlich kommt – wie bisher – nichts

von dem, was besprochen wird, in die Personalakte. Wenn der/die Betroffene es möchte, kann das Verfahren natürlich jederzeit abgebrochen werden, es besteht keine Verpflichtung, ein begonnenes Verfahren zu Ende zu bringen. Die Teilnahme am BEM ist grundsätzlich freiwillig und eine Ablehnung hat keine negativen Folgen – aber es ändert sich dann auch wahrscheinlich nichts zum Besseren.



Jan Beenenga ist einer von drei BEM-Beauftragten für den Schulbereich und hat wertvolle Informationen zu diesem Artikel beigetragen.

Auch durch ihre Erfahrung aus sehr vielen Gesprächen bringen sie die nötige Kompetenz mit und vermitteln so Sicherheit für die Betroffenen. Was auch ein deutlicher Pluspunkt ist: die BEM-Beauftragten sind neutrale Personen und können daher objektivere und damit bessere Lösungen erkennen.

Der/die BEM-Beauftragte hat einen anderen Fokus: Was braucht der/die Betroffene wirk-

wichtig ist. Auch die Mitarbeitenden des BEM-Teams werden für diese Aufgabe geschult.

Die nächsten Schritte?

In Bremen arbeiten sehr viele Menschen in den Schulen. Es ist ausgesprochen schwer abzuschätzen, wie viele davon Anspruch auf ein BEM haben werden und wie oft es angenommen wird. Auch spezifische Fragen zu den verschiedenen Schulformen sind noch zu klären. Daher starten wir ab dem nächsten Schuljahr zunächst mit drei BEM-Beauftragten mit den Grundschulen und den beruflichen Schulen. Nach der Auswertung der Erfahrungen im ersten Jahr ist eine Ausweitung des neuen Verfahrens auf alle Schulen ab August 2022 geplant.



Andreas Rabenstein

Was genau ist neu am neuen BEM-Verfahren?

Ziel ist es, Vertrauen zu wecken und die Vorbehalte und Ängste vor einem BEM zu reduzieren. Neu ist vor allem der Einsatz von BEM-Beauftragten anstelle der Schulleitungen bei der Durchführung des BEM und das Angebot eines vorgeschalteten Informationsgesprächs.

Zunächst nimmt der/die BEM-Beauftragte Kontakt zu den Erkrankten auf und lädt zu einem Informationsgespräch (persönlich oder telefonisch) ein. Hier geht es darum, persönliche Vorbehalte und vielleicht bestehende Ängste vor einem solchen Verfahren zu klären. Der Datenschutz ist natürlich immer gewährleistet. BEM-Beauftragte sind ausgiebig geschult und hoch qualifiziert für die Aufgabe, durch das BEM zu führen.

lich, was ist aus seiner/ ihrer Sicht hilfreich? Und BEM-Beauftragte sind gut vernetzt und haben dadurch einen weiten Blick auf diverse Hilfsangebote. Der/die BEM-Beauftragte ist verantwortlich für das gesamte Verfahren und fragt nach einiger Zeit nach, ob die vereinbarten Schritte auch wirklich eingehalten wurden und ob sie erfolgreich waren. Letztlich kann den Mitarbeitenden damit langfristig geholfen werden. Unterstützt wird die BEM-Beauftragten vom BEM-Team. Dieses wird einzelfallbezogen immer wieder neu gebildet und umfasst die Personen, die für die Durchführung wichtig sind. Das kann der Personalrat, die Schwerbehindertenvertretung, die Frauenbeauftragte, die Schulleitung oder andere sein, je nachdem, wer für die erkrankte Person

Jetzt geht es um den Blick nach vorn

Arbeitsschutz in Zeiten von Corona

Wer von uns hätte im März 2020 gedacht, dass mit dem SARS-CoV-2 Virus der Arbeitsschutz als zentrales Thema unser Arbeitsleben bestimmen würde? Die Gefahr einer Infektion bei der Arbeit rückte ab sofort für Arbeitgeber und Beschäftigte in den täglichen Fokus.

Wahrscheinlich war bis dato wohl nicht jedem von uns präsent, dass das Arbeitsschutzgesetz grundlegend ist, wenn es um unseren Schutz und die Gesundheit am Arbeitsplatz geht. Weitere SARS-CoV-2-bezogene Regelungen und Verordnungen wurden auf Bundesebene für die Arbeitswelt geschaffen, um mit geeigneten Schutzmaßnahmen die Infektionsketten zu unterbrechen. Der Informationsfluss zu den Beschäftigten wurde und wird über Rundschreiben des Senators für Finanzen sichergestellt. Weitere wichtige Informationen stellt das Zentrum für gesunde Arbeit im Mitarbeiter:innenportal bereit. Auch auf der Internetseite des Gesamtpersonalrats gibt es eine umfangreiche Sammlung von Informationen.

Abstandhalten, Maskentragen, Hygiene und Lüften haben sich als wichtige Verhaltensweisen inzwischen etabliert. Die Einbettung von Schutzmaßnahmen in die Arbeitsabläufe und die Organisation musste je nach Gefährdungslage immer wieder neu organisiert werden. Feste Teams wurden in vielen Bereichen gebildet, die sich nicht treffen durften. Dazu wurde mit versetzten Anwesenheits- und Pausenzeiten gearbeitet. Bei der verschärften Situation Anfang des Jahres wurde mit der Corona-Arbeitsschutzverordnung zudem festgelegt, dass Homeoffice verpflichtend anzubieten und zu nutzen ist. Auch wurden als zusätzlicher Schutz die Raumbedarfe pro Person mit 10 qm festgelegt. Zudem wurde geregelt, dass medizinische Masken zu tragen sind, wenn diese Schutzmaßnahmen nicht umzusetzen sind. Bereiche mit Publikumskontakten haben zusätzliche Maßnahmen, wie

Trennwände oder Umstellung auf telefonische oder E-Mail-Anfragen, zum Schutz vor Infektionen ergriffen.

Für den Arbeitsschutz sind die Führungskräfte wie auch die Beschäftigten verantwortlich. Arbeitsschutz muss von beiden Seiten gelebt werden, dazu gehört die Eigenverantwortung von uns Beschäftigten ebenso wie die Verantwortung des Arbeitgebers für die Rahmenbedingungen.

Die Erfahrungen in der konkreten Umsetzung der Schutzmaßnahmen waren sehr unterschiedlich. Immer wieder erreichten uns im Gesamtpersonalrat Fragen und große Sorgen um die Gesundheit am Arbeitsplatz.

beschäftigten bereitzustellen. Die Haltung eines Staatsrats „Ich gehe doch auch nicht ohne Hose zur Arbeit“ haben wir strikt zurückgewiesen: Schutzmasken sind persönliche Schutzausrüstung und als solche vom Arbeitgeber zu stellen.

Obwohl Personalräte immer wieder auf die Missstände hinwiesen, wurde teilweise nur sehr zögerlich Abhilfe geschaffen. Unsere Erfahrungen haben wir als Gesamtpersonalrat dann in den zentralen Arbeitsschutzausschuss im Mai 2021 eingebracht, der leider aufgrund von Personalwechsel und der insgesamt angespannten Situation nicht vorher tagen konnte. Zu

nicht Halt: Die Verzahnung zwischen Beruflichem und Privatem lässt sich kaum vermeiden. Die Beurteilung von Schutzmaßnahmen ist sehr individuell. Sich dem Corona-Risiko auszusetzen, empfanden viele Kolleg:innen als große Belastung. Die Sorge um Angehörige und die Unterstützungsbedarfe für Kinder und pflegebedürftige Angehörige führten bei vielen zu äußerst angespannten Situationen.

Auch die enormen Einschränkungen der privaten Lebensweise führte zu seelischen Belastungen. Selbst wenn im öffentlichen Dienst wirtschaftliche Existenzängste seltener auftreten als in der Privatwirtschaft, bedeutet Corona für viele eine existenzielle Verunsicherung und Bedrohung.

Wie kann über den Infektionsschutz hinaus die physische und psychische Gesundheit in einer Krisensituation geschützt werden? Die Gestaltung unserer Arbeitsbedingungen hat erheblichen Einfluss darauf, wie Kolleg:innen mit den vielfältigen privaten wie beruflichen Herausforderungen umgehen können. Führungskräfte müssen klarstellen, dass Sicherheit und Gesundheit auch in Zukunft Priorität haben. Dabei müssen auch die langfristigen negativen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit im Blick behalten werden. Dazu braucht es neue betriebliche Routinen und eine aktive Unterstützung der Beschäftigten zum Beispiel bei der Rückkehr an ihren Arbeitsplatz nach vielen Monaten Homeoffice. Wichtig dazu ist für Personalräte, sich neben dem klassischen Arbeitsschutz hier im speziellen der psychischen Gefährdungsbeurteilung anzunehmen. Es geht um den Blick nach vorne und gerade für die psychische Gesundheit geeignete Angebote einzufordern.



Plexiglasscheibe mit Maskenrotationssystem: Arbeitsschutz beim Gesamtpersonalrat

Etliche Bereiche haben eine hohe Professionalität im Umgang mit den Corona-Arbeitsschutzmaßnahmen gezeigt. Dort liefen die Maßnahmen ziemlich reibungslos. In anderen Bereichen haben sich Arbeitgeber geweigert, Schutzmasken und Desinfektionsmittel für die Be-

diesem Zeitpunkt hatte sich die Gesamtsituation bereits verbessert durch regelmäßige Testangebote und ab Juni mit Impfangeboten für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Corona bestimmt nach wie vor unseren Arbeitsalltag. Viren machen vor den Arbeitstoren



Daniela Koltzau

Resilienz kann man lernen

Die Betriebliche Sozialberatung unterstützt

MUMM hat dazu ein Interview mit Birgit Sprecher und Katharina Leenen von der Betrieblichen Sozialberatung (BSB) geführt.

MUMM: Resilienz ist ein Begriff, der in letzter Zeit immer häufiger auftaucht. Was verstehen Sie unter Resilienz?

BSB: Auf eine relativ einfache Erklärung reduziert, ist Resilienz eine Art Widerstandsfähigkeit. Also wie wir mit Belastungen und Herausforderungen umgehen und uns möglichst schnell wieder von belastenden Faktoren erholen können. Wie resilient wir sind, hängt von unserem Umgang damit ab. Es geht beispielsweise um die Themenbereiche der Selbstwahrnehmung und Reflexion, des Selbstvertrauens, der Zukunfts- und Lösungsorientierung, der Akzeptanz und des Optimismus, der sozialen Einbindung und Beziehung, aber auch eines gesunden Lebensstils.

MUMM: Hat jeder Mensch die Fähigkeit zur Resilienz?

BSB: Doch natürlich, jeder hat eine Form von Widerstandsfähigkeit. Es ist in erster Linie eine Frage der Ausprägung, dazu gehört auch, dass unsere persönlichen Einstellungen und Denkweisen unsere Resilienz beeinflussen. Der Altersforscher Sven Voelpel äußert dazu etwas überspitzt, Gesundheit entstehe im Kopf.

MUMM: Wie kann ich diese Fähigkeit erwerben beziehungsweise stärken?

BSB: Grundsätzlich kann man sagen, dass eine positive Grundhaltung zum Leben, zu mir selbst, den Anderen und der Welt an sich, die Resilienz stärkt und damit auch unser Selbstvertrauen und unsere Arbeitsleistung steigern kann. Resilienz ist auch eine Fokussierung auf das Positive im Leben, wobei auch schwierige Gefühle wie Trauer, Wut und Schmerz nicht verdrängt, sondern integriert und auf eine gute Art verarbeitet werden. Ich kann mich stärken, indem ich beispielsweise durch einen Kurs Impulse bekomme, wie ich mit Stress besser umgehen kann.

Und auch mit einem gesundheitsbewussten Verhalten, ausreichend gesunder Ernährung und Bewegung stärke ich meine Widerstandsfähigkeit. Resilienz ist vielleicht bildlich gesehen, wie eine Pflanze, die gehegt und gepflegt werden muss, damit sie groß und stark wird. Um eine Pflanze richtig zu pflegen, muss ich aber auch wissen, was sie braucht. So ähnlich ist es auch mit uns. Wenn wir wissen, was wir benötigen bzw. was uns fehlt, können wir daran arbeiten, uns weiterentwickeln und resilienter werden.



Auch Bewegung an der frischen Luft stärkt die Resilienz: Birgit Sprecher (links) und Katharina Leenen in den Wallanlagen.

MUMM: Wie kann die Sozialberatung dabei unterstützen?

BSB: Zur Betrieblichen Sozialberatung kommt selten jemand mit dem Anliegen: "Ich möchte meine Resilienz stärken." Die Beschäftigten kommen mit unterschiedlichen Beratungsanliegen. Im Laufe der Gespräche kann deutlich werden, dass dieses Anliegen in Verbindung mit persönlichen Fragen steht wie zum Beispiel: Wie gut kenne ich mich selbst, meine Fähigkeiten und Grenzen, Stärken und Schwächen? Wie steht es mit meinem Selbstvertrauen? Wie reagiere ich auf Veränderungen, vermeide ich sie, machen Sie mir Angst? Oder nehme ich sie an und betrachte ich sie als Herausforderung? In unserer Beratung

legen wir dabei Wert darauf die Resilienz zu stärken, indem wir keine Ratschläge geben, sondern mit den Beschäftigten die o.g. Faktoren ansprechen und mit ihrem Anliegen in Verbindung bringen. So kommt es zumeist zu Lösungen die schon in dem Beschäftigten angelegt sind und ihm bei der Entscheidungsfindung helfen.

MUMM: Welche Bedeutung hat meine Widerstandsfähigkeit während der Pandemie?

BSB: Da wir uns in unserer Persönlichkeit und den Lebensbedingungen unterscheiden,

für mich und stärke mich so.

MUMM: Inwiefern haben sich Beratungsanfragen an die BSB unter Corona verändert?

BSB: Die Themen sind im Großen und Ganzen die gleichen. Es ist jedoch so, als ob die Corona Pandemie ein Brennglas auf bestehende Probleme gelegt hat. Konflikte und Spannungen haben sich in vielen Familien verstärkt. Auch das soziale Miteinander am Arbeitsplatz hat sich verändert. Menschen mit sozialen Ängsten oder depressiven Anteilen haben unter den Kontaktbeschränkungen besonders gelitten. So ist beispielsweise eine Klientin, wie viele andere, durch die Pandemie in eine soziale Isolation geraten. Nachdem die Möglichkeit bestand, sich wieder vermehrt mit Menschen zu treffen, äußerte sie: „Obwohl ich nun wieder mehr Kontakt zu anderen Menschen habe, kann ich mich nicht freuen.“ Die Auswirkungen der Pandemie hatten ihre Rückzugstendenzen verstärkt und dazu geführt, dass sie in ein depressives Loch fiel.

MUMM: Welche Herausforderungen sehen Sie für die Zeit nach der Pandemie?

BSB: Die Pandemie hat uns alle gefordert und es wird dauern, bis wir in einen „normalen“ Alltag zurückfinden. Viele Menschen werden durch die Herausforderungen der Pandemie erschöpft sein und dies aber erst mit einer Verzögerung spüren. Das werden wir auch in den Dienststellen merken. Wir sollten uns darauf einstellen, dass wir nicht mehr dieselben sind wie vor der Pandemie.

Das Interview führte Daniela Koltzau



Daniela Koltzau

Mit dem Tablet in den Kühlschrank

Ausbildung von Hauswirtschafter:innen unter Corona

Die Berufsschule ist ein Lernort während der Ausbildung und vermittelt handlungsorientiert die vielfältigen Kompetenzen für den Berufsalltag. An der Inge-Katz-Schule in Bremen werden Hauswirtschafter:innen mit Herz und Leidenschaft ausgebildet. Was macht man als Ausbilder:in mit Auszubildenden, wenn durch coronabedingte Schulschließungen der Unterricht nur noch digital stattfinden kann? Hier ist Kreativität gefragt!

zester Zeit digital umzusetzen verlangte akutes Handeln. Zunächst war es eine große Herausforderung aber zugleich eine Chance, die praktischen Inhalte dennoch erarbeiten zu können. Allen an der Schule war wichtig, dass die Ausbildung für alle Klassen ohne Schaden weitergehen kann.“

Die Senatorin für Kinder und Bildung ermöglichte die besten Voraussetzungen, in dem Schüler:innen und Lehrkräfte ein kostenloses Tablet erhielten.

in einem Dokument schreiben oder auf einer Tafel malen, Präsentationen und Pinnwände teilen und gemeinsam kommentieren, Dateien austauschen und Lehrmaterialien einbinden.“ Das klingt alles gut, doch bereits das Einwählen in den online Unterricht musste von der Ausbilderin per Videoanruf unterstützt werden, damit niemand abgehängt wurde. Nachdem diese erste Hürde genommen war, gab es auch noch andere Schwierigkeiten.

Bett geschrieben oder es gab oft Störungen.“ Dauerhaft auf das Tablet gucken ist schwierig. Dafür hat sich Verena Wohlfeld Lösungen überlegt: „Ein bisschen Abwechslung reduziert die Anstrengung von dem permanenten Arbeiten vor dem Bildschirm. Ich habe meinen Unterricht mit mündlichen Vorträgen, das Hochladen von Bildern oder das Lösen von Quizfragen aufgelockert. Fragen wurden gemeinsam im Chat geklärt. Im Berichtsheft dokumentierten die Auszubildenden kreativ mit einer Fotostrecke beispielsweise, wie man einen Kittel bügelt.“

Das klingt ganz gut - oder doch nicht? Verena Wohlfeld sagt: „Natürlich freuten sich die Familien der Auszubildenden über saubere Kühlschränke und Backöfen, gebügelte Wäsche oder einen gedeckten Tisch mit selbstgebackenem Kuchen. Die Auszubildenden selbst sagen aber, ihnen fehlt der persönliche Kontakt untereinander. Und für mich als Ausbilderin ist das Überprüfen der Ergebnisse mit Schwierigkeiten verbunden. Vieles kann aus der Ferne schlechter beurteilt und im Ablauf korrigiert werden.“ Nach fast eineinhalb Jahren Corona-Pandemie wird deutlich: Alle Beteiligten in Schule haben zwar einen Umgang mit dem Lernen auf Abstand gefunden, aber das echte Schulleben persönlich Seite an Seite ist Auszubildenden und Ausbilder:innen lieber.



Verena Wohlfeld (mit Tablet) und Duygu Sen (im Tablet) beim digitalen Unterricht.

Verena Wohlfeld, Ausbilderin an der Inge-Katz-Schule, hat sich den digitalen Herausforderungen gestellt. Sie berichtet: „Der gelungene Wechsel vom Präsenz- zum Fernlernen erfordert ein gutes Konzept, doch dafür fehlte die Zeit. Alles musste schnell gehen. Den praktischen Unterricht in kür-

zester Zeit mussten alle den Umgang mit dem neuen Medium lernen. Verena Wohlfeld beschreibt den Fernunterricht: „Der digitale Unterrichtsraum wird im Internet-Browser geöffnet und alle Auszubildenden von mir eingeladen. Webex hat einiges zu bieten: Audio- und Video-Unterricht, gemeinsam

Verena Wohlfeld sagt: „Bei einigen reichte das heimische Datenvolumen nicht aus, um sich mit einem Bild zu zeigen oder Fotos von ihren Ausarbeitungen hochzuladen. Andere hatten zu Hause gar keinen Schreibtisch oder teilten sich das Zimmer mit kleineren Geschwistern. Das bedeutete, es wurde auf dem



Kai Mues

Whatsapp gegen Lost-Gefühle

Corona und die Erstis im dualen Studium

Hanane Bayodi ist vor der Corona Pandemie von Düsseldorf nach Bremen gezogen, um hier zu studieren. Hier ihr Erfahrungsbericht:

Neues Kapitel, neue Stadt, neue Leute - meine Freude über den Umzug nach Bremen war groß. Als dann die Zusage für das Duale Studium Public Administration zum Wintersemester 2020 vom Aus- und Fortbildungszentrum kam, war meine Freude noch größer. Schließlich hat man als Student:in die besten Jahre und ein Studium in einer neuen Stadt hilft, um richtig Fuß zu fassen und neue Freund:innen kennenzulernen. Ich hörte alle von ihrer ersten Orientierungswoche schwärmen: lange Abende an der Schlachte, Partyspiele am Osterdeich, Kennlernen des Hochschulgeländes oder nur gemütlich mit anderen Kommiliton:innen in der Cafeteria sitzen. Das alles konnte ich mir richtig schön vorstellen. Doch dann kam die Erkenntnis über mich, dass alles, was ich im ersten Semester vor die Augen kriegen werde, der Bildschirm meines Laptops sein wird. Und tatsächlich: Meine Orientierungswoche sah dann so aus, dass die Tutor:innen aus dem 2. und 3. Semester mit viel Mühe für uns „Erstis“ virtuelle Veranstaltungen über Zoom gestalten mussten. Gemeinsame Abende und Spiele ja, aber nur online. Corona sei Dank! Als wäre das nicht schon schlimm genug, muss man sich als Ersti immer viel von den höheren Jahrgängen anhören, da man in deren Schuhe allwissender Student:innen noch reinwachsen muss. Aber als Ersti inmitten von Corona musste man direkt wie ein Profi handeln. Als die ersten Vorlesungen begannen, hat es nicht lange gedauert, bis ich mich daher absolut „lost“ gefühlt habe: Was ist Zoom? Wie funktioniert das jetzt? Wie viele Homepages hat die Hochschule? Kann ich zum x-ten Mal fragen, wie ich zum Link mit dem Stundenplan komme? All das schwirrte mir im Kopf he-

rum, doch schneller als ich mir die Fragen gestellt habe, waren sie auch schon wieder beantwortet: Mit Hilfe vom Whatsapp-Gruppenchat. Das rettete mich - auch jetzt noch, ein Jahr später. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass ich mit meinen Gedanken durchaus nicht allein war, sondern alle meine Mitstudierenden sich auch diese Fragen gestellt haben. Der Austausch über Whatsapp verlief

ist. Es war uns allen wichtig, für diese Problematik eine schnelle Lösung zu finden, die weder unsere Gesundheit gefährdet noch einen Nachteil zu den anderen Jahrgängen hat.

Für die Klausurphase wurde uns außerdem von den Tutor:innen und auch von jedem Dozent:innen geraten, sich nicht allein durch die Prüfungen zu schlagen. Man sollte sich Kommiliton:innen an die Seite

uns nur via Zoom zum Lernen zusammengesetzt. Im zweiten Semester versuchten wir, so oft die aktuelle Corona-Lage es zuließ, uns persönlich zusammenzusetzen - ob zum gemeinsamen Lernen, zum Frühstück im Garten oder zum Eis essen an der Weser. Trotz aller Schwierigkeiten durch Corona hat sich doch eine ganz normal auf das Studium zurückzuführende Freundschaft entwickelt.



Im privaten Zoom-Room statt im Hörsaal: Hanane Bayodi hofft auf Öffnung der Hochschule.

überraschender Weise sehr gut und unkompliziert. Eine Gruppe voller Fremder, die denselben Kummer auf die gleiche humorvolle Art teilten. So fühlte man sich bald nicht mehr lost sondern verstanden und vertraut.

Auch während der Prüfungsphase stellten sich durch die Online-Semester immer mehr Fragen und Hindernisse in den Weg. Eine lange Zeit wurde darüber diskutiert, ob wir Student:innen die Klausuren auch tatsächlich online schreiben dürfen, oder ob dadurch eventuell die Beamt:innenlaufbahn gefährdet

holen und mit Hilfe von Teamwork und Zusammenarbeit für die Klausuren lernen. Zu Beginn des Studiums habe ich mir immer wieder die Frage gestellt, wie ich meine Lernbuddys finden soll, wenn man sich nur online in den Vorlesungen sieht. Heute weiß ich gar nicht mehr, wie es dazu gekommen ist, wer wen zuerst über Whatsapp angeschrieben und sich daraus diese Lernfreundschaft entwickelt hat. Aber egal wie das Geschehen ist, ich bin unheimlich froh darüber, meine drei Lernsisters gefunden zu haben. Das erste Semester haben wir

Gemeinsam werden wir auch zukünftig alle studentischen und pandemischen Situationen meistern. Jetzt hoffe ich darauf, dass zum dritten Semester die Hochschule wieder öffnet, denn im Hörsaal statt Zoom-Room zu sitzen, wäre für uns alle wichtig.

Aufgeschrieben von:



Lyvonne Weinhold



Fade Suppe und trübe Brühe

Wahlkampf in Katastrophenzeiten

Muss das eigentlich wirklich sein? Wahlkampf könnte ja eigentlich ganz spannend sein. Eine Zeit der Zuspitzung, der Auseinandersetzung über politische Konzepte. Und das ganz öffentlich. Das wäre eine Sternstunde, nein, ein paar Sternwochen der Demokratie.

Stattdessen lassen wir uns immer wieder das genaue Gegenteil auftischen – und löffeln diese fade Suppe auch noch brav aus: Künstliche Aufregung über vermeintliche Verfehlungen von Kandidat:innen, völlig befreit von politischen Inhalten. Ganz offensichtlich soll nicht darüber geredet werden, was die Parteien in wichtigen Themengebieten so vorhaben. Als ginge es nicht um Klimaschutz und Gesundheitswesen, um Wohnungsbau und Rechtsstaatlichkeit.

Worum es vor allem nicht zu gehen scheint, ist Geld. Über Geld spricht man bekanntlich nicht, Geld hat man. Einige Wenige haben es sogar im Überfluss. So sehr, dass sie es zum Mond oder wenigstens in eine Erdumlaufbahn schießen wollen. Dafür steht der Wettstreit um die touristische Eroberung des Weltraums. Und auf der anderen Seite ist das Geld in den öffentlichen Haushalten nach Corona ziemlich knapp. Dennoch gibt es Parteien, die mit ziemlich abenteuerlichen Programmen zur Wahl antreten: Sie bieten großzügige bis üppige Steuergeschenke für die, die das am wenigsten brauchen. Sie erklären jede Form von Vermögensbesteuerung für Teufelswerk. Und sie fordern uns auf, jetzt alle wieder die große schwarze Null anzubeten.

Da müsste man schon mal drüber reden, ob es sich hier um schwere Fälle von Dyskalkulie, also Rechenschwäche, handelt. Und warum ausgerechnet Herr Lindner, der die aberwitzigste alternative Mathematik verkauft, schon mal das Finanzministerium für sich beansprucht.

Da ist es natürlich wichtig, dass nicht allzu genau hingeguckt wird. Nicht, dass noch je-

mand laut darüber nachdenkt, welche massiven Kürzungen bei diesen Parteiprogrammen drohen: Vielleicht die vollständige Streichung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung? Um etwa diese Größenordnung geht es nämlich. Oder sollen massiv Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gestrichen werden? Etwa ein Viertel, damit die Rechnung aufgeht? Erinnern wir uns: Zu den bremischen Haus-

haltsberatungen gab es schon mal Anträge mit genau dieser Stoßrichtung.

Während ich über dieser Kolumne brütete, ist die fade Suppe von einer trüben Brühe vom Tisch geschwemmt worden. Zu Recht beanspruchen die Flutkatastrophe, der schnelle Wiederaufbau und die Hilfe für die in Not geratenen Menschen einen großen Teil der Aufmerksamkeit. Wichtig ist, dass dabei

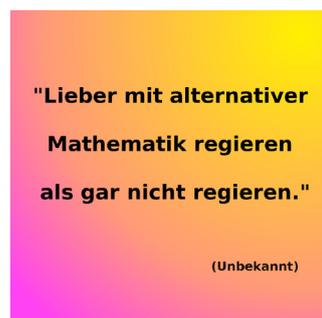
nicht nur der unmittelbar nächste Schritt in den Blick genommen wird. Wichtig ist, dass wir uns zugleich fragen, welche mittel- und langfristigen Konsequenzen wir ziehen sollten, um solche Ereignisse zukünftig nicht noch häufiger erleben zu müssen und um unsere Infrastruktur widerstandsfähiger aufzustellen. Das geht nicht mit Steuergeschenken. Und auch nicht mit einer schwarzen Null.



Wir sollen wieder die große schwarze Null anbeten. Ich übe schon mal.



Burkhard Winsemann



- zu realistisch für Instagram?